



TÄTIGKEITSBERICHT 2007-2009 SPE-Fraktion im Ausschuss der Regionen

Drei Jahre nach dem Kongress in Porto kann dieser Bericht über die Tätigkeiten der SPE-Fraktion im Ausschuss der Regionen (AdR), dem Vertretungsorgan der sozialistischen und sozialdemokratischen lokalen und regionalen Mandatsträger auf Ebene der EU-Institutionen, nur eine Momentaufnahme sein. Er kann somit nicht als abgeschlossen betrachtet werden, insbesondere weil zwei unserer Prioritäten – die Umsetzung des Lissabon-Vertrags und die Debatte über die Zukunft der Kohäsionspolitik – sozusagen "Dauerthemen" sind. Diese sind für die SPE-Fraktion im AdR aber von besonderer Aktualität angesichts der im Februar 2010 beginnenden neuen fünfjährigen Mandatsperiode des AdR und der Wahl eines/-r Sozialisten/-in zum/zur Ausschusspräsidenten/-in.

(I) Die Begleitung des Prozesses bis zum Inkrafttreten des **Lissabon-Vertrags** zählt seit 2007 zu den obersten Prioritäten der SPE-Fraktion im AdR, was insbesondere im Rahmen des Vorsitzes der Fachkommission CONST, den unser Genosse Claudio MARTINI, Präsident der Region Toskana, von 2008 bis 2010 innehatte, herausgestellt wurde. Allerdings ist festzustellen, dass in den Diskussionen über diesen Vertrag die Stärkung der territorialen Dimension der europäischen Integration, die durch ihn ermöglicht wird, kaum thematisiert wurde. Denn im Lissabon-Vertrag werden die Grundsätze der regionalen und kommunalen Selbstverwaltung verankert, das Subsidiaritätsprinzip auf die lokale und regionale Dimension ausgeweitet und der AdR dazu berechtigt, zur Wahrung seiner institutionellen Rechte und bei Verstößen gegen das Subsidiaritätsprinzip den Gerichtshof der Europäischen Union anzurufen, und es wird ein neues Ziel des territorialen Zusammenhalts eingeführt.

Die SPE-Fraktion im AdR hat ihre Anstrengungen auf eben diese letzte Bestimmung konzentriert und es geschafft, insbesondere durch die im Februar 2009 verabschiedete Stellungnahme des AdR, für die Jean-Yves LE DRIAN, Präsident des Regionalrates der Bretagne (Frankreich) Berichtersteller war, die Debatte im Wesentlichen unter folgenden beiden Aspekten nachhaltig zu prägen¹:

- Die der SPE angehörenden lokalen und regionalen Mandatsträger sind der Auffassung, dass das Ziel des territorialen Zusammenhalts eine rechtliche Garantie für die Fortführung einer Regionalpolitik bedeutet, die allen Mitgliedstaaten in der EU Rechnung trägt und gegen die Bestrebungen einer Renationalisierung dieses Politikbereichs gerichtet ist.
- Gleichzeitig bietet die Festschreibung des Ziels des territorialen Zusammenhalts eine Rechtsgrundlage für das Erfordernis territorialer Folgenabschätzungen vor der Vorlage eines gemeinschaftlichen Rechtsakts. Dieses Erfordernis sollte im Übrigen zu einem deutlichen Qualitätsanstieg bei den Untersuchungen zu den territorialen Auswirkungen der Gemeinschaftsvorschriften führen.

Für die "Progressisten" hat die Aufnahme des Ziels des territorialen Zusammenhalts insofern eine besondere Bedeutung, als es wichtige Parallelen zu dem aufweist, was viele von uns für den Modus Operandi der horizontalen Sozialklausel² halten, die bisher wohl noch zu wenig erörtert wurde.

Über den eigentlichen Text des Lissabon-Vertrags hinaus hat die SPE-Fraktion im AdR in erheblichem Maße dazu beigetragen, die Reflexion über die Multi-Level-Governance³ anzuregen, und zwar mittels eines vom Ersten Vizepräsidenten Michel DELEBARRE (SPE/FR) mit erarbeiteten Weißbuchs des AdR. Acht Jahre nach der Vorlage des Weißbuchs über europäisches Regieren durch Romano PRODI und jetzt, wo die EU einen neuen Vertrag, eine neue Kommission und ein neues Parlament hat, müssen die neuen Aufgaben und Zuständigkeiten in die praktische Umsetzung

überführt werden. So besteht die Herausforderung für das politische System in Europa heute nicht mehr nur im *Wer tut was?* (was durch den Lissabon-Vertrag geklärt wird) und im *Was ist zu tun?*, sondern auch im *Wie ist es zu tun?*, insbesondere in der Frage, wie die Analysen und Konsultationen im Vorfeld der Erarbeitung eines Legislativvorschlags optimiert werden können. Durch die Multi-Level-Governance muss es möglich sein, eine Regulierung auf europäischer Ebene zu erwägen, die über die bloßen, in den Verträgen schriftlich fixierten Regeln und Verfahren hinausgeht. Das ist eine Frage der Methode, die im gegenwärtigen Kontext von besonderer Bedeutung ist, in dem angesichts einer uns alle betreffenden Wirtschafts-, Finanz-, Sozial- und Klimakrise Forderungen nach neuen Formen der europäischen Regulierung laut werden.

(II) Die Krise ist auch Anlass für eine Vielzahl von Versuchen der politischen Einflussnahme, insbesondere im Bereich der **Kohäsionspolitik** der EU, einer ständigen Priorität der sozialdemokratischen Mandatsträger im AdR.

Seit Mitte Oktober 2009 zirkuliert "hinter verschlossener Tür" ein erster Entwurf der Kommission für die künftige finanzielle Vorausschau. Dieser Entwurf beruht auf dem Postulat, dass die Höhe des künftigen Haushalts der EU weiterhin konstant 1% betragen muss und dass, um dieses Ziel zu erreichen, der Anteil der Gemeinsamen Agrarpolitik am Gesamtetat reduziert werden muss. In Bezug auf die Kohäsionspolitik wird in diesem Text das Ziel 2 in Frage gestellt und vorgeschlagen, die Mittel nicht auf eine regionale, sondern nationale Grundlage zu konzentrieren. Nach ersten Berechnungen hätten die vorgeschlagenen Leitlinien zur Folge, dass zwei Drittel der europäischen Regionen, die derzeit im Rahmen der Kohäsionspolitik Mittel erhalten, nunmehr davon ausgeschlossen würden: über 200 von 273 Regionen. Die Regionalpolitik wäre somit nicht mehr europäischer, sondern wieder nationaler Natur.

Die SPE-Fraktion im AdR hat insbesondere gemeinsam mit den Europaabgeordneten der S&D im Ausschuss REGI in den letzten drei Jahren beträchtliche Anstrengungen unternommen, um sich den Anhängern der Renationalisierung entgegenzustellen und vielmehr einen Haushalt zu verfechten, der nicht nur den nationalen Finanzministern gefällt, sondern auch den lokalen Realitäten und der Lebenswirklichkeit unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger Rechnung trägt⁴.

Das Thema wurde in einem Seminar auf dem SPE-Parteirat am 1. Dezember 2008 in Madrid erörtert, an dem namentlich Martin SCHULZ, Vorsitzender der Parlamentsfraktion, teilnahm. Darüber hinaus haben Poul Nyrup RASMUSSEN, Vorsitzender der SPE, und Mercedes BRESSO, Vorsitzende der SPE-Fraktion im AdR, nach einer außerordentlichen Sitzung der SPE-Fraktion am 22./23. Oktober 2009 in Malmö ein gemeinsames Schreiben verfasst, in dem sie Präsident BARROSO mahnen, dass die Kommission nicht den lautstarken Forderungen nach einer Renationalisierung gemeinschaftlicher Politikbereiche nachgeben dürfe, welche im Übrigen den neuen Bestimmungen des Lissabon-Vertrags widerspreche⁵.

Mit viel Elan haben sich die SPE-Mitglieder im AdR außerdem für die territoriale Zusammenarbeit und vor allem die Einrichtung des Europäischen Verbunds für territoriale Zusammenarbeit (EVTZ) starkgemacht; dazu hat der AdR im Juni 2008 eine von Mercedes BRESSO, Vorsitzende der SPE-Fraktion im AdR und Präsidentin der Region Piemont, erarbeitete Stellungnahme verabschiedet⁶. Der EVTZ, der auf die Initiative des AdR zurückgeht, ist heute das wirksamste Rechtsinstrument, mit dem die Gebietskörperschaften in die Lage versetzt werden, unabhängige rechtliche Strukturen zu schaffen, um unmittelbar und nicht über den Umweg der zentralstaatlichen Ebene ihre Kooperationsprojekte – insbesondere Projekte der lokalen und regionalen grenzübergreifenden Zusammenarbeit (Euroregios) - zu verwalten. Der EVTZ könnte mittelfristig im

Programmplanungszeitraum nach 2013 ein Instrument zur Verwaltung der für Ziel 3 "Europäischer territorialer Zusammenhalt" vorgesehenen Fondsmittel werden.

(III) Das Interesse der SPE-Fraktion im AdR am Thema **nachhaltige Entwicklung** wird dadurch veranschaulicht, dass die größte jährliche Veranstaltung der SPE-Fraktion im Oktober 2009 in Malmö, zu der Bürgermeister Ilmar REEPALU (SPE) eingeladen hatte, unter dem Motto "Intelligentes grünes Wachstum und Schaffung von Arbeitsplätzen" stand. Diese Sitzung, an der auch die S&D-Europaabgeordneten Jo LEINEN, Vorsitzender des EP-Ausschusses ENVI, und Åsa WESTLUND sowie Anders YGEMAN, für Umweltfragen zuständiger Sprecher der Sozialdemokratischen Partei Schwedens, teilnahmen, ermöglichte die Formulierung von ganz konkreten operationellen Empfehlungen, insbesondere zum künftigen Earmarking der Strukturfonds auf Grundlage der Lissabon-Strategie 2⁷.

Diese Empfehlungen schließen sich auch an die Beiträge an, die die SPE-Mitglieder im AdR u.a. zu den Stellungnahmen des Ausschusses zum Weißbuch über die Anpassung an den Klimawandel⁸, zum europäischen Emissionshandelssystem⁹, zum TEN-V¹⁰, zur Mobilität in der Stadt¹¹ und zur Artenvielfalt¹² beigesteuert haben.

Besondere Anstrengungen wurden in der Frage der Energieeffizienz unternommen: Die SPE-Fraktion im AdR hat sich nicht nur in Form einer Stellungnahme zur Energieeffizienz engagiert¹³, sondern auch im Rahmen des von der Europäischen Kommission vorgelegten Konjunkturprogramms mit dem Ziel, die Förderfähigkeit von Energieeffizienzmaßnahmen auf die Kofinanzierung durch die Strukturfonds im gesamten Unionsgebiet auszuweiten und nicht auf die am 1. Mai 2004 der EU beigetretenen Mitgliedstaaten zu beschränken.

Natürlich wird die SPE-Fraktion im AdR die Ergebnisse dieser Arbeiten weiterhin dem gesamten SPE-Netz "Klimawandel" zur Verfügung stellen. Angesichts der möglichen Unterzeichnung eines Abkommens auf dem COP-15-Gipfel in Kopenhagen¹⁴ und vor allem seiner notwendigen Überführung in die Strukturfonds kann angenommen werden, dass die lokale und regionale Dimension bei der Bekämpfung des Klimawandels an Bedeutung gewinnen wird.

(IV) Die Verknüpfung der nachhaltigen Entwicklung und das traditionelle Engagement der SPE-Mitglieder im AdR für ein **sozialeres Europa** standen im Mittelpunkt eines Seminars, das am 6. Oktober 2009 im Rahmen der Open Days 2009 zum Thema "Wachstum um jeden Preis? Für eine stärkere Beachtung der lokalen Ebene in der Wirtschaft" in Anwesenheit von Olivier DE SCHUTTER, Sonderberichterstatte der Vereinten Nationen für das Recht auf Nahrung, stattfand.

Bereits zuvor war das soziale Europa im Rahmen der Anhörung für das SPE-Manifest für die Europawahlen Gegenstand eines Seminars im April 2008 in Brüssel und eines weiteren Seminars im April 2009 in Palma (Spanien) über Gesundheitswesen und grenzüberschreitende Gesundheitsdienstleistungen als wichtige Zuständigkeitsbereiche zahlreicher Gebietskörperschaften in Europa. In den Schlussfolgerungen der Stellungnahme des Ausschusses zum Richtlinienvorschlag¹⁵ nahm die SPE-Fraktion im AdR eine Reihe von Positionen vorweg, die später von der Parlamentsfraktion formuliert wurden, insbesondere zu einer Betrachtung dieser Frage aus dem Blickwinkel des Gesundheitswesens (Artikel 152 EGV) und nicht nur – wie von der Kommission vorgeschlagen – dem des Binnenmarkts (Artikel 95 EGV).

Neben der Forderung nach einer dezentraleren Umsetzung der Lissabon-Strategie lautet eine der wichtigsten Botschaften der Stellungnahme des Ausschusses zur Zukunft der Lissabon-Strategie 2010, die von der Berichterstatte Christine CHAPMAN (UK/SPE), Mitglied der

Nationalversammlung von Wales, im Dezember 2009 vorgelegt wird, dass diese Strategie nicht auf das Ziel der Wettbewerbsfähigkeit verengt werden darf. Die SPE-Mitglieder im AdR äußern sich in dieser Hinsicht ganz im Sinne der Empfehlungen des SPE-Netzes "Lissabon-Strategie" und in der Folge des Netzes "Finanzen und Wirtschaft" und des Netzes "Soziales Europa".

Ein weiteres wichtiges Betätigungsfeld für die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften im Rahmen der Bemühungen um ein sozialeres Europa ist der Schutz der öffentlichen Dienste, der Gegenstand eines spezifischen Protokolls zum Lissabon-Vertrag sein wird. Dieser neuartige Text dürfte eine bessere Berücksichtigung der Erfordernisse der Gebietskörperschaften ermöglichen, die im europäischen Integrationsprozess bis dato im Verhältnis zu den Erfordernissen des Wettbewerbsrechts in den Hintergrund gedrängt wurden. Er ist gleichsam die Krönung der Arbeit nicht nur der Bürgerbewegungen der letzten Jahre, deren Anliegen von den progressiven Kommunal- und Regionalvertretern in Europa mit Unterstützung der durch die Parlamentsfraktion eingesetzten Arbeitsgruppe "Öffentliche Dienste" vorangebracht wurden, sondern auch der bedeutsamen Entwicklungen auf Ebene der Rechtsprechung, die zu dieser Anerkennung tendiert hat.

Dem Protokoll zufolge verfügen die Mitgliedstaaten und die Gebietskörperschaften über einen großen Ermessensspielraum, um Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse (DAWI) zu erbringen bzw. erbringen zu lassen und zu verwalten; andererseits achten die Union und die zuständigen Behörden auf wirtschaftliche und finanzielle Rahmenbedingungen, die ihnen die Erfüllung ihrer Aufgaben ermöglichen. Darüber hinaus umfasst der Vertrag künftig eine Reihe von Grundsätzen für Dienstleistungen von allgemeinem Interesse (hohes Qualitäts- und Sicherheitsniveau, Erschwinglichkeit, Gleichbehandlung, Förderung der allgemeinen Zugänglichkeit und Nutzerrechte) und schafft eine spezifische Rechtsgrundlage für die Verabschiedung eines transversalen Texts. Der Zugang zu den DAWI ist im Übrigen in der Grundrechtecharta als ein Recht der Unionsbürger verankert. In der Zwischenzeit muss der Europäische Gerichtshof all diesen neuen Bestimmungen Beachtung schenken.

Es ist schließlich auch im Zusammenhang mit den öffentlichen Diensten daran zu erinnern, dass die SPE-Fraktion im AdR die Kampagne der SPE "*Kinder zuerst*" nachdrücklich unterstützt hat, um ein Bewusstsein dafür zu schaffen, dass Betreuungsdienstleistungen für Kleinkinder geschaffen werden müssen, die hochwertig gleichzeitig erschwinglich sind und die in der gesamten EU meist dezentral erbracht werden. Der Zugang zu Betreuungsstrukturen muss nach Auffassung der SPE-Mitglieder im AdR als Recht eines jeden Kinds angesehen werden, unabhängig von seinem familiären Hintergrund oder seinem wirtschaftlichen und sozialen Milieu. Dadurch, dass dieses Recht nicht an die Eltern, sondern unmittelbar an die Kinder selbst gekoppelt wird, dürfte die Kinderbetreuung sicherlich mit weniger Diskriminierungen einhergehen. Die Fraktion veranstaltete deshalb im Mai 2007 eine ganztägige Konferenz, deren Ergebnisse in einer Veröffentlichung zusammengefasst und durch die besten Methoden für eine möglichst bürgernahe Umsetzung der Barcelona-Ziele im Bereich der Kleinkindbetreuung ergänzt wurden.

Über die vier genannten Themenschwerpunkte hinaus hat sich die SPE-Fraktion im AdR natürlich auch weiterhin für eine bereichsübergreifende Anerkennung der territorialen Dimension in bestimmten gemeinschaftlichen Politikbereichen eingesetzt. Die besten Beispiele hierfür sind das ständige Engagement hinsichtlich der Verwirklichung der Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts¹⁶, der Thematik der Nichtdiskriminierung¹⁷, der Anerkennung der sich von der Zivilgesellschaft unterscheidenden Rolle der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften bei der dezentralen Zusammenarbeit¹⁸ oder die Förderung der Umsetzung einer integrierten Meerespolitik auf EU-Ebene¹⁹.



Dieser Tätigkeitsbericht muss mit der allgemeinen Feststellung schließen, dass die SPE-Fraktion im AdR innerhalb der SPE zunehmend Anerkennung findet und die Kooperationen mit den unterschiedlichen Akteuren der Sozialdemokratie, z.B. SPE-Frauen, FEPS, ECOSY und SOLIDAR, immer erfolgreicher werden. Dies ist nicht nur das Ergebnis der substanzielleren Beiträge der SPE-Fraktion im AdR, sondern auch der Tatsache, dass der SPE-Vorsitzende RASMUSSEN und seine Mitarbeiter der Notwendigkeit einer stärkeren Präsenz und Wahrnehmung der SPE bei sozialdemokratischen Kommunal- und Regionalpolitikern, die häufig einen besseren Stand haben als die Parteien auf nationaler Ebene, mehr Aufmerksamkeit gewidmet haben. Diese Aufmerksamkeit, die fast zur Routine geworden ist, geht einher mit einer verstärkten bilateralen Zusammenarbeit mit der S&D-Fraktion bei bestimmten Themen (Energieeffizienz, städtische Mobilität, Vorbereitung der COP-15, öffentliche Dienste, Regionalpolitik usw.).

Dieses Zusammenwirken bildet die Grundlage, auf der die SPE auf Ebene der Gebietskörperschaften und des AdR Zeichen setzen und sichergestellt werden kann, dass diese Institution tatsächlich einen Mehrwert für die europäische Integration erbringt und nicht nur eine Plattform für ideologische Reden über Souveränität und Identität ist.

Die SPE-Mitglieder im AdR haben die Aufgabe, die sozialistisch und sozialdemokratisch regierten Städte und Regionen in Brüssel zu vertreten, um so der Forderung der Bürgerinnen und Bürger nach mehr Anerkennung der territorialen Gegebenheiten in der europäischen Politik Gehör zu verschaffen und umgekehrt auch die europäischen Fragestellungen auf lokaler und regionaler Ebene nachvollziehbarer zu machen.

Wir machen all dies mit Begeisterung mit eben jener Einstellung, zu der Jacques Delors vor kurzem aufgefordert hat: *"Wir machen Europa nicht nur für uns selbst. Wir machen Europa, weil wir eine gewisse Vorstellung von seiner Rolle in der Welt sowie von Freiheit und Frieden haben. Die EU hat gezeigt, dass sie ihrer geschichtlichen Aufgabe gewachsen ist. Was uns die Sache schwergemacht hat, sind die schwierigen Verhandlungen und die Leute, die mal mehr, mal weniger nörgeln. Durch Nörgeln erreicht man aber nichts - wir müssen mehr Begeisterung aufbringen!"*²⁰

Brüssel, November 2009

-
- 1 Siehe die Stellungnahme des AdR zum Grünbuch "Territorialer Zusammenhalt", Berichterstatter: Jean-Yves LE DRIAN (SPE/FR), CdR 274/2008.
 - 2 Artikel 9 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union: *"Bei der Festlegung und Durchführung ihrer Politik und ihrer Maßnahmen trägt die Union den Erfordernissen im Zusammenhang mit der Förderung eines hohen Beschäftigungsniveaus, mit der Gewährleistung eines angemessenen sozialen Schutzes, mit der Bekämpfung der sozialen Ausgrenzung sowie mit einem hohen Niveau der allgemeinen und beruflichen Bildung und des Gesundheitsschutzes Rechnung."*
 - 3 Siehe das Weißbuch des AdR zur Multi-Level-Governance, Berichterstatter: Luc VAN DEN BRANDE (EVP/BE) und Michel DELEBARRE (SPE/FR), Juni 2009, CdR 89/2009.
 - 4 Siehe die Initiativstellungnahme "Den Haushalt verändern, Europa reformieren", Berichterstatter: Michel DELEBARRE (SPE/FR) und Luc VAN DEN BRANDE (EVP/BE), April 2008, CdR 16/2008.
 - 5 http://www.cor.europa.eu/pesweb/pdf/lettera_Barroso_23_10_09.pdf (auf Französisch).
 - 6 Siehe die Stellungnahme des AdR zum "Europäischen Verbund für territoriale Zusammenarbeit: Einer neuer Anstoß für die territoriale Zusammenarbeit in Europa", Berichterstatterin: Mercedes BRESSO (SPE/IT), Juni 2008, CdR 308/2007.
 - 7 Siehe: <http://www.cor.europa.eu/pesweb/index.html>.
 - 8 Stellungnahme des AdR vom Oktober 2009, Berichterstatter: Henning JENSEN (DK/SPE), Bürgermeister von Næstved, CdR 72/2009.

-
- 9 Stellungnahme des AdR vom Oktober 2008, Berichterstatter: Pietro MARRAZZO (IT/SPE), Präsident der Region Latium, CdR 161/2008.
 - 10 Stellungnahme des AdR zum Grünbuch "TEN-V: Überprüfung der Politik", Berichterstatter: Jean-Michel DACLIN, Stellvertretender Bürgermeister von Lyon (FR/SPE), Oktober 2009, CdR 103/2009.
 - 11 Stellungnahme des AdR zum Thema "Aktionsplan zur Mobilität in der Stadt", Berichterstatter: Sir Albert BORE, Mitglied des Gemeinderates von Birmingham (SPE/FR), April 2009, CdR 417/2008.
 - 12 Stellungnahme des AdR zum Thema "Neue Impulse zur Bekämpfung des Rückgangs der Artenvielfalt", Berichterstatter: René SOUCHON (FR/SPE), Präsident des Regionalrates der Auvergne, Juni 2009, CdR 22/2009.
 - 13 Stellungnahme des AdR zum Thema "Energie: Überprüfung der Energiestrategie und der Energieleistung von Gebäuden", Berichterstatter: Jean-Louis JOSEPH (FR/SPE), Bürgermeister von Bastidonne, April 2009, CdR 8/2009.
 - 14 Michel DELEBARRE, Erster Vizepräsident des AdR, wird der offiziellen Delegation der EU auf dem COP-15-Gipfel angehören.
 - 15 Stellungnahme des AdR zu dem "Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlament und des Rates über die Ausübung der Patientenrechte in der grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung" (KOM(2008) 414 endg.), Berichterstatter: Karsten Uno PETERSEN (DK/SPE), Mitglied des Regionalrats der Region Süddänemark.
 - 16 Siehe die Stellungnahme des AdR zum Stockholm-Programm, Berichterstatterin: Anna TERRÓN I CUSI (ES/SPE), Europabeauftragte der Regionalregierung Kataloniens, Oktober 2009.
 - 17 Siehe die Stellungnahme des AdR zum "Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zur Anwendung des Grundsatzes der Gleichbehandlung ungeachtet der Religion oder der Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung" (KOM(2008) 426 endg.), Berichterstatter: Claudette Abela BALDACCHINO (MT/SPE), stellvertretende Bürgermeisterin, Gemeinderat von Qrendi, Juni 2009.
 - 18 Siehe die Stellungnahme des AdR zum Thema "Gebietskörperschaften als Akteure der Entwicklungszusammenarbeit", Berichterstatter: Christophe ROUILLON (FR/SPE), Bürgermeister von Coulaines, April 2009.
 - 19 Siehe die Stellungnahme des AdR zum "Meeres- und Küstenmaßnahmenpaket", Berichterstatter: Michel DELEBARRE (FR/SPE), Bürgermeister von Dünkirchen, Juni 2009.
 - 20 Jacques DELORS in *La Provence*, 8. November 2009.